



## Berufsverbote und Rehabilitation

# Der Landesregierung „auf die Sprünge helfen“

51 Jahre nach dem sogenannten Radikalenerlass haben Ende Januar 2023 vom Berufsverbot Betroffene aus Niedersachsen dem Landtag 17 individuelle Petitionen mit ihren Forderungen übergeben. Diese enthalten erschütternde Darstellungen, welch großes Unrecht und Leid die Betroffenen in den 1970er und 1980er Jahren erfahren haben. Sie waren damals junge und engagierte Lehrkräfte, denen als angeblichen „Verfassungsfeinden“ der Zugang zum Öffentlichen Dienst und die Ausübung ihres Berufes verwehrt wurden.

Zerstörte Existenzgrundlagen und Diskriminierung, Arbeitslosigkeit und Gerichtsprozesse sowie zum Teil erhebliche, nicht nur materielle Nachteile prägen bis heute ihren Lebensweg und den ihrer Familien. Die Vorsitzende des Petitionsausschusses des Niedersächsischen Landtages, Claudia Schüßler (SPD), nahm die Petitionen in Empfang und versprach, dass sich der Ausschuss gründlich und umfassend mit den vorgetragenen Forderungen beschäftigen werde. Bei der öffentlichen Übergabe vor dem Landtag waren ebenfalls anwesend die stellvertre-

tende Ministerpräsidentin, Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Grüne), und die Vorsitzende des Innenausschusses, Doris Schröder-Köpf (SPD). Unterstützt wurden die Betroffenen außerdem von der Vizepräsidentin des Landtages, Meta Janssen-Kucz (Grüne), sowie weiteren Abgeordneten der Regierungskoalition. Dr. Björn Brennecke, Sekretär für Beamt\*innenpolitik der GEW Niedersachsen, und Martina Dierßen, Leiterin der Landesrechtsschutzstelle des ver.di-Landesbezirks Niedersachsen-Bremen, nahmen auch teil und solidarisierten sich ebenfalls.

### Aus den Petitionen:

Mir wurde durch das 1975 verhängte Berufsverbot rechtswidrig der Abschluss meiner Ausbildung verwehrt.

**Eva Mellert-Hartling, Oldenburg**

.... beziehe zurzeit auf Grund meines verfassungswidrigen Berufsverbotes eine Altersrente von 635,97 Euro monatlich.

**Hubert Brieden, Neustadt**

Ich werde in diesem Jahr 72 Jahre alt und möchte meinen Kindern und Enkeln weiterhin ein gutes Vorbild bezüglich gesellschaftlichen Engagements und Zivilcourage sein. Deshalb fordere ich vom Land Niedersachsen meine Rehabilitation – politisch und materiell. Das Geld aus einer materiellen Wiedergutmachung würde ich einer gemeinnützigen Einrichtung zugunsten benachteiligter Kinder und Jugendlicher spenden.

**Ulrike Marks, Varel**

Erst die Einladung zu einer „Anhörung“ schaffte Klarheit. So wurde mir die Anrede „Genosse“ in einer Glückwunschanzeige und der Aufruf zur Gründung einer Initiative gegen Berufsverbote vorgeworfen.

**Rolf Günther, Hannover**

Von 1996 bis 2014 arbeitete ich an der Geschwister-Schöll-Gesamtschule. Seit 1999 bis 2014 war ich hier Didaktischer Leiter und vorübergehend Schulleiter. Mein Ruhegehalt ist bedingt durch das Berufsverbot auf 52,11 Prozent gemindert.

**Bernd Lowin, Göttingen**

### Unrühmliches Kapitel

Bereits im Dezember 2016 hatte der Niedersächsische Landtag in einer Entschließung die Zeit der Berufsverbote als „unrühmliches Kapitel in der Geschichte Niedersachsens“ bewertet und den Betroffenen „Respekt und Anerkennung“ ausgesprochen. Zwar beschäftigte sich anschließend intensiv, aber zeitlich begrenzt, eine Arbeitsgruppe mit der Aufarbeitung der Berufsverbote, und die zuständige Landesbeauftragte, Jutta Rübke, legte eine ausfuhrlche Dokumentation vor. In den nachfolgenden sechs Jahren war das Thema damit für Landesregierung und Landespolitik offenbar erledigt und abgehakt. Mit Bedauern und vordergründigen Argumenten verweigerte die Staatskanzlei 2021 weitergehende Schritte wie Rehabilitation und Entschädigung der Betroffenen, dabei wurden beispielsweise „fehlende Akten“ angeführt,

die eine Beurteilung „nach heutigen Maßstäben“ verhindern würden.

Die Forderungen der Betroffenen an die Landesregierung kommen in den überreichten Petitionen klar zum Ausdruck: eine Entschuldigung durch die Landesregierung, die Einrichtung eines Runden Tisches mit Betroffenen und Gewerkschaften, der Maßnahmen für individuelle Rehabilitation und Entschädigung ausarbeitet, sowie eine Vorstellung und eine Landtagsdiskussion des Berichts der Landesbeauftragten. Ferner werden die Aufnahme des Themas in die politische Bildung an niedersächsischen Schulen gefordert und die Ablehnung der Neuaufgabe eines „Radikalenerlasses“ für den Öffentlichen Dienst.

Das Land Niedersachsen, Landesregierung und Parlament müssen nunmehr die Chance nutzen, um nicht auf halben Wege stehen zu bleiben, sondern den 2016 eingeschlagenen positiven

Weg fortsetzen und das „unrühmliche Kapitel“ endgültig beenden. Eine biologische Lösung ist keine Lösung.

**Matthias Wietzer**

Grund- und Hauptschullehrer,  
zwei Jahre Berufsverbot

**So kann das Engagement gegen Berufsverbote (mit Spenden für die Öffentlichkeitsarbeit) unterstützt werden:**

**Lothar Letsche, IBAN DE53 6009 0900 7910 0006 00,  
Stichwort: Berufsverbot**

**Spenden zur Unterstützung von in Altersarmut lebenden Berufsverbote-Betroffenen:**

**Neuer Heinrich-Heine-Fonds  
IBAN DE55 6009 0800 0100 2249 67**

**Aktuelles, Geschichtliches, und weitere Informationen unter: [www.berufsverbote.de](http://www.berufsverbote.de)**

## Zeit für Antifaschismus

# 8. Mai – arbeitsfrei!

**Derzeit findet in Niedersachsen eine Diskussion über die Schaffung eines zusätzlichen Feiertages statt. Dies eröffnet eine reelle Chance, endlich den 8. Mai, den Tag der Befreiung vom Faschismus, zum Feiertag zu erklären. Der Landesausschuss „Courage gegen Rechts“ hat in seiner Sitzung im Februar angesichts der zunehmenden Rechtsentwicklung mehrheitlich beschlossen, dem Geschäftsführenden Vorstand (GV) zu empfehlen, die Initiative des DGB Bezirks Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt „8. Mai – arbeitsfrei“ zu unterstützen.**

Unabhängig von der aktuellen Diskussion hatte der DGB-Bezirk mit seinen acht Einzelgewerkschaften die Landesregierung bereits 2020 aufgerufen, den 8. Mai gemeinsam zu würdigen und als offiziellen Feiertag zu begehen. Der DGB-Vorsitzende Dr. Mehrdad Payandeh erklärte dazu: „Der 8. Mai ist ein Grundstein für unsere Demokratie. Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter fühlen wir uns in der Pflicht, ein Wiederaufleben von Faschismus und

Rechtsextremismus entschieden zu verhindern. Die Gefahren für unsere Demokratie müssen benannt und gebannt werden. Das sind wir den Opfern von Rassismus und Gewalt und ihren Angehörigen schuldig.“

Auch Esther Bejarano, Auschwitz-Überlebende, hatte am 26. Januar 2020 einen leidenschaftlichen Appell veröffentlicht, in dem sie sagte: „Ich überlebte als Mitglied des ‚Mädchenorchesters‘ das deutsche Vernichtungslager Auschwitz und konnte vor 75 Jahren auf dem Todesmarsch der Häftlinge des KZ Ravensbrück der SS entkommen. Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. [...] Die militärische Zerschlagung des Faschismus durch die Alliierten, Partisan\*innen und Widerstandskämpfer\*innen als Befreiung zu begreifen, bedeutet die richtigen

Schlüsse zu ziehen und auch so zu handeln. Es ist nicht hinnehmbar, dass 75 Jahre danach extreme Rechte in allen deutschen Parlamenten sitzen und in immer rascherer Folge Mord auf Mord folgt. Sonntagsreden, die Betroffenheit zeigen, reichen nicht. Es muss gestritten werden für die neue Welt des Friedens und der Freiheit, die die befreiten Häftlinge im Schwur von Buchenwald als Auftrag hinterlassen haben. Ein offizieller bundesweiter Feiertag wäre dafür die regelmäßige Verpflichtung. – Nicht nur, aber eben auch an jedem 8. Mai.“

Der 8. Mai steht für viele Menschen unter dem Motto: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“. Beide Forderungen sind aktueller denn je. Deshalb: 8. Mai – arbeitsfrei! Zeit für Antifaschismus! Diesen Appell, der als Petition online ging, haben inzwischen mehr als 175.000 Menschen unterzeichnet. Ein starkes Argument.

**Mecki Hartung**

für den Landesausschuss  
„Courage gegen Rechts“

